

UNGÜLTIG

71
zu 1.m.

WG Demarche.txt

Von: [REDACTED]@BMVg.BUND.DE
Gesendet: Montag, 7. September 2009 18:55
An: [REDACTED]
Betreff: WG: Demarche

Zur Kenntnis.

Im Auftrag

Hamann
Oberstleutnant i.G.

us: AUSWAERTIGES AMT

nr 8953 vom 07.09.2009, 1511 oz, Plurez, BRUESSEL EURO, LUKSEMBURG DIPLO, PARIS DIPLO, ROM DIPLO, STOCKHOLM DIPLO, Info:KABUL
an: BRUESSEL EURO, LUKSEMBURG DIPLO, PARIS DIPLO, ROM DIPLO, STOCKHOLM DIPLO, Info:KABUL

Fernschreiben (verschlüsselt)
eingegangen:

Verfasser: [REDACTED]
Gz.: [REDACTED] /ISAF 071511
Betr.: Einsatz der 'International Security Assistance Force' (ISAF) in AFG
hier: Luftangriff in Kundus am 04.09.2008
Bezug: ./.

--- enthält Weisung unter I. ---

I. Angeschriebene Botschaften und Stäv Brüssel werden gebeten, hochrangig auf nachfolgend übermittelter Linie in den jeweiligen Außenministerien der Gastländer bzw. im Ratssekretariat in o. a. Angelegenheit zu demarchieren. Um Bericht über Verlauf und Ergebnis der Demarche wird gebeten.

II. Inhalt der Demarche

- Am 04.09. um 02.00 hat das PRT Kunduz Luftunterstützung gegen zwei von Taliban entführte Tanklastwagen angefordert. Die Tanklastwagen befanden sich mehrere Kilometer entfernt von besiedelten Gebieten. Bei dem Luftschlag starben eine bisher nicht geklärte Zahl von Aufständischen, offen ist, ob sich unter den Opfern auch Nicht-Kombattanten befanden.
- ISAF hat, wie in diesen Fällen üblich, eine Untersuchung des Zwischenfalls eingeleitet, der sowohl die Entscheidungsabläufe wie auch die Frage, ob es zivile Opfer gab, klären soll. Dies gilt es abzuwarten
- Es besteht kein Anlass, vorschnelle Urteile zu fällen, sowohl zur Frage von zivilen Opfern wie auch, ob die Entscheidung gegen die ISAF-Einsatzregeln verstoßen hat.
- Die Bundesregierung hat deshalb mit Verwunderung Äußerungen am Rande des Gymnich-Treffens der AM in Stockholm zur Kenntnis genommen, dass die Entscheidung für den Lufteinsatz in Kunduz ein "schwerer Fehler" gewesen sei bzw. gegen ISAF-Einsatzregeln verstoßen habe. Auch Äußerungen zu möglichen zivilen Opfern geschahen, ohne dass die bereits eingeleiteten Untersuchungen von ISAF, des IKRK, der VN und der AFG Regierung abgewartet wurden.
- solche Äußerungen schaden nicht nur dem ISAF-Gesamteinsatz, sie stellen auch eine erhebliche Belastung für den weiteren DEU Einsatz und dessen innenpolitischen Rückhalt.
- Die Bundesregierung hat sich in der NATO stets für eine Änderung der Einsatzregeln für Lufteinsätze eingesetzt, um zivile Opfer zu vermeiden, und unterstützt ausdrücklich die von COMISAF, General McChrystal, eingeschlagene neue Strategie.

WG Demarche.txt

- Dies betrifft auch den Einsatz von Luftunterstützung in Kunduz selbst. Die BW ist bisher mit Entscheidungen dieser Tragweite sehr verantwortungsvoll umgegangen und hat Lufteinsätze dieser Art bis dato äußerst selten ausgeführt. Überhaupt ist es gelungen, die Zahl ziviler Opfer bei Kampfhandlungen in Kunduz sehr niedrig zu halten. Auch deshalb genießt die BW bei der Bevölkerung dort einen guten Ruf.

- Nicht zuletzt aus diesem Grund wird gebeten, entsprechende öffentliche Kommentare vor Veröffentlichung des Untersuchungsberichts zu unterlassen.

III. Hintergrundsachstand

Am 3. September wurden gegen 21 Uhr zwei beladene zivile Tanklastzüge von der AFG Grenze kommend von Aufständischen nördlich von Kunduz an einem fingierten Checkpoint entwendet. Bei dem Versuch, die Tanklastzüge in den Unruhedistrikt Chahar Darreh zu verbringen und den Fluss Kunduz in dem südwestlich der Stadt Kunduz gelegenen Distrikt Aliabad zu überqueren, blieben die Tanklastzüge in einer Furt stecken. Durch Luftaufklärung seitens des PRT KDZ wurden die festgefahrenen Tanklastzüge gegen 23 Uhr ausfindig gemacht. Nachdem anhand der Bilder der Luftaufklärung sowie einer Quelle am Boden die Anwesenheit von rund 60 Aufständischen festgestellt wurde und die Anwesenheit von Unbeteiligten für den Kommandeur des PRT hinreichend ausgeschlossen war, ordnete der milit. Leiter des PRT KDZ den Einsatz von Luftnahunterstützung an. Eine US-Maschine des Typs F-15 warf daraufhin gegen 2 Uhr Ortszeit zwei gelenkte Bomben ab. 40 Minuten nach dem Abwurf wurde durch Luftaufklärung der Tod von 56 Aufständischen festgestellt.

Nach US-Angaben (US NATO-Vertretung) hatten die Aufständischen vor dem Luftangriff herumstehenden Zivilisten Treibstoff angeboten. Unter den Opfern seien mehr Zivilisten als Aufständische zu vermuten.

ISAF hat eine Untersuchungskommission unter DEU Beteiligung eingesetzt, die den gesamten Entscheidungsvorgang und die Folgen gründlich untersuchen. Bislang liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse über Opfer der Luftnahunterstützung vor. Erste Untersuchungsergebnisse bestätigen eine hohe Anzahl getöteter OMF, allerdings auch die Tötung bzw. Verletzung von Zivilpersonen. COMISAF besuchte am 5. September demonstrativ den Ort des Geschehens sowie ein Krankenhaus in KDZ, in dem drei von 13 oder 14 verletzten Afghanen behandelt wurden (die übrigen wurden vom Roten Kreuz bzw von Verwandten verlegt) und entschuldigte sich für diesen Zwischenfall.

Die neue "tactical directive" von COMISAF sieht vor, dass nach jedem Zwischenfall mit vermuteten zivilen Opfern eine Untersuchung durchzuführen ist. Vor Vorlage des ISAF Berichts können keine weiteren Details genannt werden. Zu untersuchen ist auch, ob die in der "tactical directive" genannten engen Voraussetzung für den Einsatz von Luftnahunterstützung hier gegeben waren.

Karzai hat nach einer Unterrichtung durch COMISAF zunächst sein "tiefes Bedauern" geäußert. Die AFG Regierung wird eine eigene Untersuchung durchführen. In Le Figaro vom 7. September äußerte er heftige Kritik ("was für eine Fehleinschätzung...mehr als 90 Tote für einen einfachen Tanklastzug, der obendrein in einem Flussbett feststeckte! ..weshalb hat NATO nicht Bodentruppen eingesetzt, um den entführten zurückzubekommen?").

Regierungsstellen der Provinz Kunduz (Gouverneur, Polizeichef, Leiter ANA und Leiter NDS hingegen gehen nach bisherigen eigenen Ermittlungen davon aus, dass bei dem Angriff nur INS, Mitglieder von Suborganisationen und herbeigerufene Helfer zu Tode gekommen sind. Dies ist auch so in in einem schriftlichen Bericht festgehalten worden. Der Bericht wurde von Gouverneur Omar auf wöchentlichem Sicherheitstreffen am Sonntag, dem 06. September 2009 nochmals bestätigt. ANP-Polizeichef unterstrich in diesem Zusammenhang, dass bei der Polizei bislang keine Schadensanzeigen erstattet wurden. Dies sei in seinen Augen ein beachtlicher Umstand, da in der Vergangenheit von der Bevölkerung i.d.R. schon wegen kleinster

UNGÜLTIG

WG Demarche.txt

Beschädigungen Wiedergutmachungsforderungen über die Polizei geltend gemacht worden wären.

Auch UNAMA hat Besorgnis über zivile Opfer geäußert und eine Untersuchung angekündigt (wird aber wohl kein eigenes Untersuchungsteam entsenden). IKRK hat am 7. September ein eigenes Untersuchungsteam entsandt.

Am Rande des informellen EU-AM Treffens am 4./5. September in Stockholm äußerten sich HR Solana sowie mehrere AM (SWE, FIN, GBR, FRA, FIN, ITA, LUX, Solana, Ferrero-waldner) besorgt. Sicherheitslage hat sich im Raum Kunduz in den letzten Wochen kontinuierlich zugespitzt. Aufständische wirken besser organisiert und fordern ISAF teilweise offen heraus. In der jüngsten Vergangenheit gab es vermehrt Hinweise, dass ein Anschlag mit dazu umgebauten Treibstoff-Lkw durch OMF beabsichtigt sei.